

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Kulturausschusses am 04.12.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Verschiedenes aus der Denkmalpflege	4
2.1 Stand aktueller Projekte	4
2.2 Stand der aktuellen Denkmalliste	5
2.3 Förderung kleinerer privater Denkmalmaßnahmen Vorlage: FB3/1063/2019	5
3 Haushalt 2020	6
4 Ausweisung des Grabes von Will Brüll als Ehrengrab Vorlage: DezII/1036/2019	13
5 Einheitliche Beschilderung von Kunstobjekten, Baudenkmalern und historischen Arealen Vorlage: FB3/1059/2019	13
6 Antrag "Kunstpfad Latumer See" Vorlage: FB3/1061/2019	13
7 Anträge	14
7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 14.11.19 - Anpassung der Volkshochschuldozenten honorare	14
8 Anfragen	15
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
10 Termin der nächsten Sitzung: 24. März 2020	15
11 Verschiedenes	15

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer Ratsmitglied
 Herr Thomas Jung Ratsmitglied
 Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied
 Herr Franz-Josef Radmacher Sachkundiger Bürger
 Frau Verena Schäfer Sachkundige Bürgerin
 Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied
 Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied
 Frau Birte Wienands Sachkundige Bürgerin

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied
 Frau Christa Buers Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied
 Herr Karl Trautmann Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Christian Welsch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer Hansmeyer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Dr. Karen Schomberg
 Herr Torsten Schmitt Sachkundiger Bürger

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Stefani Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter
 Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter
 Frau Ute Piegeler Bereichsleiterin Fachbereich 3
 Frau Stephanie Roters Denkmalschutz und Denkmalpflege

Schriftführerin

Frau Miriam Erkens

Frau Frauke Köppen
Frau Martina Pellech
Herr Christian Volmerich

Stadtkämmerer

es fehlen:

von der FDP-Fraktion
Herr Christian Welsch

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler
Frau Stefani Schmoll

Sachkundige Bürgerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschussvorsitzende Neuhausen die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Der Fragesteller erkundigt sich, ob im Rahmen der Feierlichkeiten zu 50 Jahre Meerbusch das Haus Meer als „Keimzelle“ der Stadt eine besondere Rolle einnehmen werde. Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass sich Haus Meer im Privatbesitz befindet und daher die Stadt diesbezüglich keine Auflagen machen könne. Allerdings werde das Anwesen in regelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dies werde sicherlich auch im Jahr 2020 der Fall sein.

2 Verschiedenes aus der Denkmalpflege

2.1 Stand aktueller Projekte

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet:

- Die Fassade des Rathauses in der Dorfstraße wurde saniert, der Anbau im Rohbau steht, die Dachdeckerarbeiten sind abgeschlossen und im Winter wird der Innenausbau vorangetrieben. Der Umzug ist für Juni 2020 angesetzt.
- Das Werksschwimmbad auf dem Areal Böhler befindet sich im Umbau und wird zukünftig eine Gastronomie beherbergen. Die Arbeiten sind mit der Unteren Denkmalbehörde abgestimmt.
- Die Zaunanlage des Wohnhauses Niederlöricker Str. 28 wird erneuert.
- Denkmalrechtliche Erlaubnis zu Reparaturarbeiten am Dach des Wohnhauses Niederlöricker Str. 12 wurde erteilt.
- Neben dem Baudenkmal ‚Haus Gummersbach‘ im Ortsteil Langst-Kierst wurde eine Doppelgarage genehmigt.
- Der Eigentümer des Baudenkmal Claudiusstr. 27 hat gegen die rechtskräftige Eintragung geklagt. Das Gerichtsverfahren läuft noch.
- In der Kapelle in Ossum-Bösinghoven soll die Innenbeleuchtung erneuert werden.
- Am Baudenkmal Körschgeshof in Osterath wurde der Umbau der Scheune genehmigt. Rats herr Fischer fragt, ob es eine Rückführung der dafür erstellten Baustraße geben werde, die jetzt durch die angrenzenden Felder führt. Das soll wieder in den Ursprung zurückgeführt werden.
- Am Baudenkmal ‚Katholischer Kindergarten St. Franziskus‘ im Ortsteil Strümp müssen die kreisrunden Metallfenster in Stand gesetzt werden (neuer Anstrich, neue Beschläge).

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass man von der FDP-Anfrage - Vorschläge zur Ergänzung der Denkmalliste - des Kulturausschusses vom 5. Juni 2019 die Hauptstr. 6 und Ladestr. 3 dem LVR vorgetragen habe.

- Hauptstr. 6 in Lank-Latum erfüllt die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Baudenkmal gem. § 2 DSchG NRW nicht, ist aber als Bestand der historisch gewachsenen Situation im unmittelbaren Umfeld der Kirche St. Stephanus erhaltenswert.
- Ladestr. 3 in Osterath: Silo- und Lagergebäude erfüllen die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Baudenkmal gem. § 2 DSchG NRW nicht, sind aber auf Grund ihrer städtebaulichen Wirkung erhaltenswert. Der Güterschuppen ist in authentischem Zustand zu erhalten, aber bezogen auf das Rheinland in einer Vielzahl errichtet. Antrag auf Unterschutzstellung müsste seitens der Stadt gestellt werden, da der LVR- Amt für Denkmalpflege im Rheinland zur Zeit Anfragen bearbeitet, die höhere Priorität haben.

Ratsherr Rettig merkt an, dass es die Intention war, den Güterschuppen unter Denkmalschutz zu stellen. Technischer Beigeordneter Assenmacher erwidert, dass man diesbezüglich nochmals den Kontakt mit dem LVR aufnehme.

2.2 Stand der aktuellen Denkmalliste

Frau Pellech, die noch bis zum 31.12.19 zur Digitalisierung und archivarischen Aufarbeitung des Aktenbestands der Unteren Denkmalbehörde eingestellt ist, stellt im Ausschuss vor, mit welchen Arbeitsschritten diese Tätigkeiten verbunden sind.

Ausschussvorsitzender Neuhausen dankt Frau Pellech für ihre Ausführungen und erteilt Ratsherr Rettig das Wort. Er betont, wie wichtig die Aufgabe von Frau Pellech ist und weist auf den Stellenantrag der FDP im Hauptausschuss hin.

Sachkundiger Bürger Schmoll ergänzt, dass für ihn vor allem die konservatorischen und restauratorischen Arbeiten von Bedeutung seien. Er würde jedoch die bearbeiteten Akten nicht vom allgemeinen Bauaktenbestand trennen und schlägt vor, diese wieder dem System zuzuführen, alternativ könne diese auch im neuen Stadtarchiv zusammengeführt werden.

Ratsherr Jung erkundigt sich, ob im Zusammenhang der Digitalisierung auch ein Findbuch angelegt wird. Frau Pellech weist darauf hin, dass die Software diese Funktion ermöglicht.

2.3 Förderung kleinerer privater Denkmalmaßnahmen Vorlage: FB3/1063/2019

Frau Roters von der Unteren Denkmalbehörde untermauert die Beschlussvorlage durch Bilder der Baudenkmäler.

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt, Zuschüsse zu den durch Denkmalschutz entstandenen Mehrkosten für folgende Objekte zu zahlen:

1. Baudenkmal **Haus am Deich, Niederlöricker Str. 48** in Meerbusch Büberich, 1.500,00 €
2. Baudenkmal **Schloss Pesch, Ossum 14** in Meerbusch Ossum-Bösinghoven, 2.000,00 €
3. Baudenkmal **Körschgeshof, Schweinheimer Weg 40** in Meerbusch Osterath, 3.500,00 €
4. Baudenkmal **Haus Gummersbach, Deichweg 12** in Meerbusch Langst-Kierst, 1.500,00 €
5. Baudenkmal **Dyckhof, Am Dyckhof 1- 3** in Meerbusch Büberich, 1.500,00 €

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Ratsherr Radmacher möchte wissen, ob es auch Anträge für eine Förderung gab, die in dieser Beschlussvorlage nicht berücksichtigt worden seien. Frau Roters verneint dies.

Ratsherr Rettig regt an, den Förderpreis für Denkmalpflege wieder aufleben zu lassen. Zuletzt wurde dieser 2008 verliehen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass ein entsprechender Antrag formuliert werden muss und Gelder dafür in den Haushalt eingestellt werden müssen.

Sachkundiger Bürger Schmoll findet die Idee gut, allerdings würde so ein Preis die Verwaltung übermäßig belasten und eventuell wäre der Preis eingestellt worden, da es damals keinen Bedarf gegeben habe.

Ratsherr Rettig erwidert, dass seiner Ansicht nach ein Preis keine Haushaltsrelevanz hätte, ihm ginge es um eine Urkunde und einen Pressebericht und einen etwaigen Geldbetrag von 500,00 €. Es solle das denkmalpflegerische Engagement gewürdigt werden.

Ratsherr Jürgens unterstützt die Idee von Ratsherrn Rettig, schlägt jedoch vor, die Verwaltung damit zu beauftragen zu klären, warum man damals den Preis eingestellt habe.

Der Kulturausschuss erteilt der Verwaltung den Auftrag, den Sachverhalt des 2008 eingestellten Denkmalpreises herauszufinden und im nächsten Ausschuss vorzutragen.

Ratsherr Jung weist darauf hin, dass der Nepomuk an der Hochstr. 6 in Osterath verwittert sei und bittet die Untere Denkmalbehörde Kontakt zum Eigentümer aufzunehmen und diesen eventuell bei einer Restaurierung zu unterstützen.

3 Haushalt 2020

Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Sanierung Forum Wasserturm“

Produktnummer: 010.111

Sachkonto: Neu

Neuer Ansatz: 900.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Für die Sanierung des Theaters am Wasserturm wird ein Betrag von 900.000,00 € für 2020 und von 400.000 € für 2021 eingestellt. Die Verwaltung wird um eine grobe Konkretisierung der erforderlichen Mittel gebeten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke und Piratenpartei	1		
GESAMT	6	11	

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, den Sanierungsbedarf des Forum Wasserturms mit eigenen Mitarbeitern zu prüfen.

Ratsherr Banse unterstützt den Antrag.

Ratsherr Rettig erklärt für die FDP, man hätte dem v.g. Antrag zugestimmt, falls das Foyer nicht gebaut wird. Zudem bemängelt er die fehlende Kalkulation.

Sachkundiger Bürger Schmitt merkt an, dass der Betrag ein Richtwert sei und dieser könne im Laufe der Sanierung entsprechend angepasst werden.

Der Stadtkämmerer Vollmerich erklärt, dass eine antragsreife Vorlage eine belastbare Kalkulation enthalten müsse.

Ratsherr Hünseler befürwortet den Antrag.

Sachkundiger Bürger Schmoll erklärt, dass nur in einem angemessenen Rahmen ein qualitativ hochwertiges Programm funktionieren kann.

Ratsherr Banse kritisiert, dass durch die Kritik an der Antragsform von der inhaltlichen Diskussion abgelenkt werde.

Ratsherr Jürgens erinnert daran, dass in den Sitzungen zu den Baumaßnahmen des Foyers Forum Wasserturm ausführlich diskutiert wurde. Damals wurde beschlossen, dass nach Abschluss der Baumaßnahme weitere Sanierungsmaßnahmen besprochen würden.

Sachkundiger Bürger Trautmann nimmt nochmals Bezug auf die Wortmeldung des Ratsherrn Banse. Es ist durchaus legitim auch darüber zu diskutieren, ob ein Antrag diskussionsfähig ist.

Erster Beigeordneter Maatz erinnert an die Aussage des Fachbereichsleiters des SIm, Herrn Klein, dass mit dem vorhandenem Personal die hohe Anzahl an Prüfaufträgen nicht zeitgemäß abgearbeitet werden können.

Ratsherr Jürgens möchte nur über den Antrag der Grünen abstimmen lassen und die Verwaltung solle den Sanierungsbedarf prüfen.

Ratsherr Rettig möchte nicht, dass die Sanierungsmaßnahmen nach 2022 verschoben werden.

Stadtkämmerer Vollmerich erinnert daran, dass es einer belastbaren Kalkulation bedarf, um Mittel in den Haushalt einzustellen.

Ratsherr Jürgens erklärt dem Ausschuss, dass ein Prüfauftrag für Sanierungsmaßnahmen im Bauausschuss erfolgen müsse. Deswegen würde er grundsätzlich den Prüfauftrag ablehnen.

Sachkundige Bürgerin Buers schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst den Sanierungsbedarf eruiere und dann der Ausschuss beschließe, was saniert werde. Der Ausschuss schließt sich mehrheitlich dieser Meinung an und erteilt somit der Verwaltung einen Prüfauftrag.

Antrag FDP „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Kürzung Musikschule

Produktnummer: 040.263

Sachkonto: 5019 1000

Neuer Ansatz: 1.000.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, den Zuschussbedarf der Musikschule auf 1.000.000,00 € pro Jahr zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke und Piratenpartei		1	
GESAMT	2	15	

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr Hünseler äußert sein Unverständnis, warum die FDP Gelder für eine so wichtige Aufgabe wie die der Musikschule kürzen möchte.

Ratsherr Rettig betont, dass er die hohe Bezuschussung von Musikschülern als sozial ungerecht ansehe, da diese Schule nur von einer Minderheit genutzt werde.

Sachkundiger Bürger Schmoll sieht in der Förderung ein Zeichen von Qualität. Hinsichtlich einer Sozialstaffelung bei den Beiträgen gibt er zu bedenken, dass dies einen erhöhten Personalbedarf fordert und somit einer Kostensenkung widerspricht.

Ratsherr Wartchow ist der Meinung, dies sei ein üblicher Antrag der FDP. Die CDU folge dem Antrag nicht. Die Musikschule Meerbusch sei gut aufgestellt, jedoch finanziell bestimmt nicht üppig ausgestattet.

Sachkundige Bürgerin Buers erklärt, wenn man sich die Haushaltszahlen genau ansehen würde, würde man feststellen, dass die Musikschule ein Defizit von 628.600,00 € aufweise. Erst durch die Interne Leistungsverrechnung in Höhe von 484.897,00 € steige das Defizit auf 1.113.497,00 €. So lange so gerechnet werde, stimme die SPD keiner Deckelung zu.

Erster Beigeordneter Maatz ergänzt, dass die Landesregierung in den Musikschulen einen wichtigen Schlüssel für Bildung und Entwicklung von Kindern sehe, daher würden hierfür zukünftig höhere Zuschüsse bereitgestellt werden. Die Personalkostensteigerungen seien maßgeblich für die Haushaltsentwicklung verantwortlich.

Ratsherr Rettig betont, dass die Interne Leistungsverrechnung in der Debatte berücksichtigt werden müsse.

Ratsherr Radmacher fordert das Ende der Debatte.

Antrag SPD „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Sonntagsausleihe der Stadtbibliothek Meerbusch“

Produktnummer: 040.272

Sachkonto: 5291 1000

Neuer Ansatz: 51.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt eine Sonntagsausleihe an 12. Projektsonntagen im Jahr, vier davon mit Eventcharakter.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird zurückgezogen.

Sachkundige Bürgerin Buers begründet den Antrag entsprechend der Tischvorlage.

Ratsherr Hünseler unterstützt die Idee, weist jedoch darauf hin, dass dieser Vorschlag mit einem erhöhten Personalaufwand einhergehe und diese Mehrkosten sich nicht im Antrag spiegeln.

Sachkundiger Bürger Schmoll möchte eine Fokussierung auf wesentliche Aufgaben und lehnt den Antrag ab.

Sachkundiger Bürger Trautmann findet die Idee charmant, sieht jedoch eine mangelnde Finanzierung des Anliegens.

Erster Beigeordneter Maatz möchte den Vortrag der Bibliotheksleiterin Frau Gennermann vom 10. September 2019 in Erinnerung rufen, worin auf eine längere Öffnungsdauer im Vergleich zu anderen Bibliotheken gleicher Größe ohne mehr Personal hingewiesen wurde. Daher könnte, sollte ein Beschluss gefasst werden, eine Sonntagsöffnungszeit nur mit einer Reduzierung der Öffnungszeit unter der Woche umgesetzt werden. Eine Testphase könnte klären, ob eine Sonntagsöffnungszeit in Meerbusch angenommen wird.

Ratsherr Banse zieht den Antrag der SPD zurück.

Antrag FDP „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Kürzung Stadtbibliothek“

Produktnummer: 040.272

Sachkonto: 5431 0000

Neuer Ansatz: 112.500,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, den Zuschussbedarf der Stadtbibliothek pauschal um 10% zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke und Piratenpartei		1	
GESAMT	2	15	

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr Rettig erklärt, die Anschaffung von Büchern könne deutlich reduziert werden, insbesondere wegen der zunehmenden Anzahl von digitalen Angeboten, die teilweise kostengünstiger und teilweise sogar kostenfrei seien. Sprich, es sollen weniger Bücher und mehr digitale Medien angeschafft werden.

Des Weiteren erklärt Ratsherr Rettig, dass der Kulturetat grundsätzlich so belassen werden solle, nur eine andere Gewichtung innerhalb des Etats angestrebt werde, dafür könnte eine Verzahnung von Bibliothek und Volkshochschule in einem Haus der Bildung ein Baustein sein.

Antrag FDP „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Deckelung der Kulturförderung

Produktnummer: 040.281

Sachkonto: 5381 0000

Neuer Ansatz: 16.700,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die Liste der Zuwendungsempfänger zu prüfen; z. B. gibt es die Musikszene Meerbusch e. V. nach Kenntnisstand von Herrn Rettig nicht mehr.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde kein Beschluss gefasst, sondern die Verwaltung wird beauftragt, die Förderliste zu überprüfen und anzupassen.

Antrag SPD „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Kultur „CityLight Plakat Aktion“

Produktnummer: 040.281

Sachkonto: 5431 0000

Neuer Ansatz: 21.800,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die Erhöhung der Gelder für die Implementierung eines Standorts für wechselnde Skulpturen von 2.000,00 € auf 5.000,00 € zu erhöhen und die Gelder der CityLight Plakat Aktion bei 3.000,00 € zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	1
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke und Piratenpartei		1	
GESAMT	7	9	1

Der Antrag wird abgelehnt.

Ratsherr Banse erklärt, dass in der Tischvorlage ein Zahlendreher sei, es handele sich um die Aufstockung der Gelder für das Aufstellen einer Skulptur, so wie dies bereits im Ausschuss vom 28.11.2018 beschlossen wurde.

Ratsherr Jürgens ist über den Antrag irritiert, da bereits im Ausschuss vom 28.11.2018 der Beschluss für die Aufstellung einer Skulptur gefasst worden sei und im Ausschuss vom 05.06.2019 hätte man sich über einen Standort geeinigt. Sollte der Betrag nicht reichen, könne die Verwaltung dies über eine überplanmäßige Anpassung finanzieren. Ratsherr Hünseler schließt sich Ratsherr Jürgens an.

Ratsherr Fischer weist darauf hin, dass der ausgewählte Standort eventuell nicht geeignet sei, um dort ein Fundament zu errichten, zumindest wenn es sich um ein Betonfundament handele.

Ratsherr Banse bemängelt, dass immer nach Ausreden gesucht werde, anstatt etwas Neues zu schaffen.

Sachkundige Bürgerin Wienands resümiert, dass im Ausschuss vom 28.11.2018 beschlossen wurde, 8.000,00 € für einen Skulpturenwettbewerb zukünftig aufzuwenden. Dies wurde 2019 nicht umgesetzt und daher im Haushalt für 2020 neu veranschlagt, aber nur noch mit 5.000,00 €. Diese Information hätte den Ausschussmitgliedern im Vorfeld kommuniziert werden müssen.

Ratsherr Rettig zeigt für dieses Vorgehen Unverständnis.

Ratsherr Jürgens ist der Ansicht, dass die Verwaltung dies zu richten hätte und möchte vom Kämmerer Vollmerich wissen, ob man da nichts tun könne. Herr Vollmerich schlägt vor, dass die CDU den Antrag stelle und erneut abstimmen lasse. Dies lehnt die CDU ab.

Ausschussvorsitzender Neuhausen erklärt, dass der Haushalt noch im Hauptausschuss beraten werde.

Antrag FDP „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Denkmalpflege „Stellenplan“

Produktnummer: 100.521

Sachkonto: mehrere

Neuer Ansatz: 76.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die Personalaufwendung von 38.000,00 € auf 76.000,00 € zu erhöhen.

Ausschussvorsitzender Neuhausen erklärt, dass dies ein Stellenplanantrag sei und dieser im Hauptausschuss beraten werde.

Antrag FDP „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Brüll-Houfer-Stiftung“

Produktnummer: 170.281

Sachkonto: 5431 0000

Neuer Ansatz: 2.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die ordentlichen Ausgaben um 1.000,00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag SPD „Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2020 – Brüll Houfer Stiftung Stipendium “

Produktnummer: 170.281

Sachkonto: 5431 0000

Neuer Ansatz: 12.000,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, die Erträge der Stiftung zu nutzen zzgl. eines städtischen Zuschusses, um einem Künstler ein ½-jähriges Stipendium zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird zurückgezogen.

Es folgt die Abstimmung über den Entwurf des Kulturhaushalts 2020

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2020 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke und Piratenpartei	1		
GESAMT	15	0	2

Der Haushaltsentwurfs 2020 wird dem Rat vorgelegt.

4 Ausweisung des Grabes von Will Brüll als Ehrengrab
Vorlage: DezII/1036/2019

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die Grabstelle von Will Brüll und Frau Anneliese Holte geb. Houfer als Ehrengrab auszuweisen.

Der Beschluss wird mit einer Enthaltung einstimmig angenommen

Es gibt keine Anmerkungen.

5 Einheitliche Beschilderung von Kunstobjekten, Baudenkmalern und historischen Arealen
Vorlage: FB3/1059/2019

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt, die Verwaltung in Zusammenarbeit mit Meerbuscher Heimatvereinen zu beauftragen, Vorschläge für eine einheitliche Beschilderung für Kunstobjekte, Baudenkmalern und historische Arealen für das Stadtgebiet Meerbusch zu erarbeiten und dem Kulturausschuss zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Erster Beigeordneter Maatz führt zur Vorlage aus, dass der Meerbuscher Kulturkreis e. V. an die Stadt herangetreten sei, damit diese eine einheitliche Beschilderung von Kunstobjekten, Baudenkmalern und historischen Arealen samt historischer Aufarbeitung vornimmt. Der Beschlussvorschlag wurde in der Haushaltsveranschlagung 2020 nicht mit Haushaltsmitteln berücksichtigt.

Ratsherr Rettig führt aus, dass bereits einiges dazu erarbeitet wurde, zum Beispiel durch den Heimatkreis Lank e. V. und ProOsterath e. V. Zudem wüsste er von einer Liste mit mindestens 50 Objekten, die man der Stadt bei der Umsetzung zur Verfügung stellen könne.

Sachkundiger Bürger Schmoll fasst zusammen, dass anhand der Wortbeiträge ein Handlungsbedarf zu erkennen sei. Er plädiere für eine einheitliche Beschilderung.

Ratsherr Jürgens schlägt vor, den Antrag zu erweitern. Die Kulturverwaltung und das Stadtmarketing sollen in Zusammenarbeit mit den Vereinen ein Layout entwickeln.

6 Antrag "Kunstpfad Latumer See"
Vorlage: FB3/1061/2019

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt, dass der Meerbuscher Kulturkreis e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Meerbusch die Idee eines Kunstpfades am Latumer See realisieren kann. Die Finanzierung des Projekts tragen der Meerbuscher Kulturkreis e.V. und etwaige Sponsoren.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen

Sachverhalt:

Nachdem der Meerbuscher Kulturkreis e. V. die Idee entwickelte, am Latumer See einen Kunstpfad anzulegen und diese Idee während der Präsentation im Kulturausschuss am 01.03.2018 positive Resonanz gefunden hat, veröffentlichte der Meerbuscher Kulturkreis e.V. am 17.04.2018 einen Aufruf in der Rheinischen Post, Vorschläge für Kunstobjekte, die am Latumer See aufgestellt werden können, abzugeben.

Die eingereichten Ideen wurden sowohl über die Presse als auch über die Homepage des Meerbuscher Kulturkreises e. V. und zuletzt in einer Ausstellung in der Teloy-Mühle der Öffentlichkeit präsentiert.

Zusätzlich wurde bereits Ende 2018 eine Projektgruppe innerhalb des Meerbuscher Kulturkreises zur Umsetzung des Kunstpfades Latumer See implementiert.

Neben Objektauswahl und Standortbestimmung wird nun vorrangig die Finanzierung des Kunstpfades angegangen, um dann mit der tatsächlichen Umsetzung beginnen zu können.

Nachdem Herr Schween und Herr Cieslik des Meerbuscher Kulturkreises e. V. die Vorauswahl der Kunstwerke und deren Standorte präsentierten, betont Sachkundiger Bürger Schmoll, dass die Finanzierung durch den Meerbuscher Kulturkreis e. V. getragen wird und die Stadt das Gelände dafür zur Verfügung stellt. Dennoch möchte er wissen, was im Falle von Vandalismusschäden passiert. Ausschussvorsitzender Neuhausen gibt die Frage an Herrn Schween weiter. Diese Frage ist noch nicht geklärt.

7 Anträge**7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 14.11.19 - Anpassung der Volkshochschuldozentenonorare****Beschlussvorschlag:**

Der Kulturausschuss beschließt, das in der Satzung für die Volkshochschule festgesetzte Mindest-/Standardhonorar von 18,00 €/ UE auf 23,00 €/ UE zu erhöhen. Die Konsequenzen sollen bei der Aufstellung des Haushalts 2020 berücksichtigt werden. Bei dieser Gelegenheit sollte die Meerbuscher Satzung von der Verwaltung kritisch – im Abgleich mit anderen Honorarsatzungen/-richtlinien – durchgesehen und ggf. geändert/ angepasst werden (z. B. §8).

Abstimmungsergebnis:

Es kommt zu keiner Abstimmung, sondern der Kulturausschuss erteilt der Verwaltung den Auftrag, bis zum 27. Mai 2020 eine neue Entgeltordnung vorzulegen.

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass dieser Antrag zwei Schritte beinhalte, die Anpassung der Entgeltordnung und des Haushalts.

Ratsherr Rettig sieht keine Haushaltsrelevanz bei der Überarbeitung der Entgeltordnung.

Fachbereichsleiterin Piegeler erklärt, dass im Haushalt mit einem Durchschnittshonorar kalkuliert werde.

Ausschussvorsitzender Neuhausen sieht im Antrag keine Haushaltsrelevanz.

Sachkundiger Bürger Trautmann schlägt vor, dass die VHS eine überarbeitete Entgeltordnung im Kulturausschuss am 27. Mai 2020 vorstellt. Der Ausschuss schließt sich an.

8 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

10 Termin der nächsten Sitzung: 24. März 2020

11 Verschiedenes

Ratsherr Rettig erkundigt sich nach dem Fortschritt der Erstellung der VHS-Homepage.

Fachbereichsleiterin Piegeler erklärt, dass das Design steht, sich die technische Umsetzung jedoch verzögert. Das Unternehmen, das die Homepage zur Verfügung stellt, werde seitens der ITK als nicht sicher eingestuft. Die sichere Lösung, die durch die ITK gestrickt werden solle, dauere allerdings.

Ratsherr Rettig erklärt, dass man nicht verpflichtet sei, den Auftrag über die ITK laufen zu lassen. Das Ratsinformationssystem würde schließlich auch nicht über die ITK laufen.

Meerbusch, den 16. Dezember 2019

Georg Neuhausen
Ausschussvorsitzender

Miriam Erkens
Schriftführer/in